

# Schulthema spaltet den Stadtrat

**LANGENTHAL** EVP-Stadtrat Daniel Steiner hätte in Langenthal gerne Mehrjahrgangsklassen austesten wollen. Sein Postulat scheiterte im Stadtrat knapp. Präsidentin Helena Morgenthaler (SVP) fällt den Stichtentscheid.

Gleich zwei Anliegen zu Schulthemen wurden am Montagabend im Langenthaler Stadtrat behandelt. Beide stammten aus der Feder von Stadtrat Daniel Steiner (EVP). Haarscharf an einer Mehrheit vorbei schrammte das Geschäft, welches ein Pilotversuch zur Einführung von Mehrjahrgangsklassen in Langenthal zum Ziel hatte. Siebzehn zu siebzehn Stimmen bei null Enthaltungen lautete das Resultat nach der Abstimmung. So war es an Stadtratspräsidentin Helena Morgenthaler (SVP), das Zünglein an der Waage zu spielen. Sie entschied, das Postulat per Stichtentscheid bachab zu schicken.

## Pädagogische Vorteile

Mehrhjahrgangsklassen hätte Daniel Steiner gerne im Regelschulbereich der Primarstufe und auf der Sekundarstufe 1 gesehen. Vorerst hätte es ein Pilotprojekt geben sollen. In Mehrjahrgangsklassen – auch Mischklassen genannt – werden Kinder unterschiedlichen Alters gemeinsam unterrichtet. Steiner hatte in seiner Motion, die er während der Stadtratsitzung zum Postulat wandelte, pädagogische Vorteile geltend gemacht. Er argumentierte, dass Schülerinnen und Schüler vom altersgemischten Lernen profitierten.

Diese angeblichen Vorteile waren im Stadtrat allerdings ein nicht unwesentlicher Diskussionspunkt. Christine D'Ingiandi-Bobst (JLL) sagte, dass sich der Gemeinderat nicht zuletzt deshalb gegen das Anliegen ausspreche, weil der pädagogische Nutzen von Mehrjahrgangsklassen nicht abschliessend bewiesen sei. Weiter verwies D'Ingiandi auf das Projekt «Erweiterte Schulplanung» der Stadt Langenthal. In diesem Projekt wird die Volksschule Langenthal einer Gesamtbetrachtung unterzogen (wir berichteten). Die Gemeinderätin mit dem Ressort Bildung und Ju-



**Altersgemischtes Lernen** ist vielerorts Alltags. Nicht so in Langenthal. Diese Schulklasse im Berner Wankdorfschulhaus wurde bereits letzten August mit dem Modell Basisstufe unterrichtet. Die Basisstufe verbindet den Kindergarten sowie das erste und zweite Schuljahr der Primarstufe. Keystone

gend versicherte, dass das Thema Mehrjahrgangsklassen wieder aufgegriffen werden könne, sollten die vertieften Abklärungen dies empfehlen. Vorerst aber solle das Fuder nicht überladen werden. Die «Erweiterte Schulplanung» sei an sich schon sehr umfangreich.

## «Heute völlig normal»

Vor der allgemeinen Diskussionsrunde hielt Daniel Steiner nochmals dagegen und unterstrich, dass Mehrjahrgangsklassen heute völlig normal seien. «Ich habe selber eine Mischklasse besucht und bin ziemlich gut herausgekommen.»

Damit punktete Steiner grossmehrfach bei seiner eigenen und bei der SP/GL-Fraktion. Bei der SVP verfielen seine Ausführungen gar nicht, bei der FDP/JLL-Fraktion immerhin zum Teil.

Mehr Erfolg hatte Daniel Steiner mit seinem zweiten Schul-

**«Ich habe selber eine Mischklasse besucht und bin ziemlich gut herausgekommen.»**

Stadtrat Daniel Steiner (EVP)

anliegen. Thematisiert wurde am Montagabend auch die Einführung eines durchlässigen Schulmodells auf der Sekundarstufe 1. Vereinfacht gesagt sieht das Modell vor, Oberstufenschüler nach ihren Stärken und Schwächen in Klassen einzuteilen. Beim durchlässigen Modell gibts also keine klassischen Real- und Sekundarschüler mehr. Stattdessen wird ein Schüler in jenen Fächern auf Sekundarschulniveau unterrichtet, die ihm besonders liegen. Dort, wo seine Leistungen dagegen abfallen, gibts Unterricht auf Realschulniveau. Praktiziert wird das Modell in den Fächern Deutsch, Französisch und Mathematik. Möglicher Vorteil dieser Handhabung: eine individuelle Förderung.

Gemeinderätin D'Ingiandi sagte, Stadtrat Steiner renne mit dem Anliegen quasi offene Türen ein. Erneut verwies die Ressortverantwortliche Bildung und Jugend auf das Projekt «Erweiterte

Schulplanung». In dessen Rahmen werden durchlässige Modelle offenbar diskutiert. Im Oberaargau führen im Übrigen nur gerade Langenthal, Herzogenbuchsee und Aarwangen ihre Real- und Sekundarschulen noch getrennt.

## Motionär wandelte

Der Gemeinderat wolle Steiners Anliegen aber nur dann folgen, wenn er seine Motion in ein Postulat umwandle, sagte D'Ingiandi. Steiner wandelte. Die SP/GL-Fraktion sicherte ihre Unterstützung zu. SP-Stadträtin Martina Moser sagte, man müsse diesen Weg gehen, um nicht an Attraktivität als Bildungsstandort zu verlieren. Kein Gehör fand das durchlässige Schulmodell bei der SVP-Fraktion. Stadträtin Andrea Schütz machte zusätzlichen administrativen Aufwand geltend. Bei der Abstimmung resultierten 24 Ja- gegen 9 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung. Patrick Jordi

## Kritische Wortmeldungen zur Ferieninsel

**LANGENTHAL** Soll die Stadt während der Schulferien eine Tagesstruktur für Kinder anbieten? Im Stadtrat war diese Frage umstritten.

Der Gemeinderat hat entschieden: Es soll eine Vorlage für ein Pilotprojekt zur Einführung eines Tagesstrukturangebots während der Schulferien ausgearbeitet werden – genannt Ferieninsel (wir berichteten). Den Auftrag gefasst hat das Amt für Bildung, Kultur und Sport (Abikus). Von diesem gemeinderätlichen Entscheid konnten Langenthals Parlamentarier im Vorfeld der Stadtratsitzung und an der Sitzung selbst Kenntnis nehmen. Eine Abstimmung gabs nicht.

Trotz der klaren Ausgangslage wurde am Montagabend im Stadtrat nochmals eifrig über Sinn und Unsinn einer solchen Ferieninsel diskutiert.

## Gibt es eine Nachfrage?

Irritiert zeigte sich selbst die Urheberin des Ferieninsel-Postulats, Stadträtin Rahel Lanz

(EVP). Mühe bekundete sie mit der geringen Rücklaufquote der Elternumfrage, die gemacht worden war, um die Nachfrage nach einem Tagesstrukturangebot zu eruieren. «Eine Nachfrage ist dennoch erkennbar», sagte Lanz. Sie hoffe, der Gemeinderat sehe das auch so und ergreife in Sachen Ferieninsel die Initiative.

Am liebsten «sofort schubladisieren» würde das Projekt Stadtrat Beat Sterchi (SVP). Eine Rücklaufquote von knapp zehn Prozent deute nicht auf eine Nachfrage hin. Das sei eine dünne Grundlage. «Mit einem Pilotprojekt wird bloss eine Nachfrage künstlich hergestellt», sagte er. Dem entgegen Stadträtin Beatrice Lüthi (FDP): «Langenthal sollte in diesem Punkt zukunftsorientiert denken. Wenn das Angebot gepusht wird, kommt später auch die Nachfrage.» Auch Stadträtin Beatrice Greber (SP) sprach sich für die Ferieninsel aus: «Das Fehlen eines entsprechenden Angebotes ist eine grosse Lücke in unserer ansonsten familienfreundlichen Stadt.» paj

## Ein «sympathisches Anliegen» wird bachab geschickt

**LANGENTHAL** Eine Mehrheit im Stadtrat will keine Sitzbänke in der oberen Marktgasse aufstellen. Attraktiver machen sollten die Gasse die direkten Anstösser, hiess es.

Gerne hätte Stadtrat Christoph Stäger (GLP) in der oberen Marktgasse «ein oder zwei schöne Sitzbänke» mehr gesehen. «Seitens der Bevölkerung wird wiederholt das Fehlen von Sitzgelegenheiten ausserhalb der Gastronomiebetriebe beklagt», schrieb Stäger in einem Postulat. Sein Anliegen wurde vom Stadtrat am Montagabend jedoch relativ deutlich bachab geschickt. Das Postulat wird nicht weiterverfolgt.

## Verträge neu aushandeln

Vor der Abstimmung nahm Stadtratpräsident Thomas Rufener (SVP) Stellung. Er erklärte, dass der öffentliche Raum in der oberen Marktgasse «sehr eingeschränkt» sei. Nur die Fahrbahn,

der Vorplatz mit Linde zwischen dem Chouffhüsi und der Metzgerei Stettler sowie einige Seitenstrassen würden der Stadt gehören. Die restlichen Flächen besäßen Privatpersonen und Geschäftsbesitzer. «Wollte man zusätzliche Sitzbänke aufstellen, müssten mit den Anstössern die

**«Mit der Sanierung hat die Stadt schon viel gemacht für die Marktgasse.»**

Stadtrat Markus Gfeller (FDP)

Dienstbarkeitsverträge neu ausgehandelt werden», sagte Rufener. Diese Verhandlungen stelle der Gemeinderat jedoch infrage. «Wollen wir diesen Aufwand für zwei, drei Sitzbänke wirklich auf uns nehmen?», fragte er. Das Aufstellen von Sitzbänken bezeichnete er zwar als «sympathisches

Anliegen». «Wir sind nicht gegen die Sitzgelegenheiten an sich.» Er sehe in dieser Angelegenheit allerdings die Privatpersonen und nicht die öffentliche Hand in der Pflicht.

Dem Stadtpräsidenten schwebt eine Aktion wie damals vor, als anlässlich des Jodlerfests Geschäfte und Privatpersonen Sitzbänke dekorieren und im Stadtzentrum platzieren konnten.

## Private Initiative gefordert

Dass das Schaffen von zusätzlichen Sitzgelegenheiten in diesem Fall nicht Aufgabe der Politik sei, unterstrich Stadtrat Michael Schenk für die SVP-Fraktion. Markus Gfeller (FDP), dessen Fraktion geteilter Meinung war, doppelte nach: «Mit der Sanierung hat die Stadt schon viel gemacht für die Marktgasse. Es wäre wünschenswert, wenn nun die dortigen Geschäfte und Privatpersonen etwas Initiative zeigen würden.» paj

## Unterkunft für Flüchtlinge

**LANGENTHAL** Paul Bayard und Therese Grädel (beide SP) haben im Stadtrat eine Motion eingereicht, mit der sie die Truppenunterkunft für Asylsuchende öffnen wollen.

Die Truppenunterkunft beim Langenthaler Feuerwehrmagazin werde nur noch sporadisch von militärischen Einheiten benutzt, schreiben die SP-Stadtratsmitglieder Paul Bayard und Therese Grädel. Auch die Vereine würden sich lieber günstigere Lokale suchen. Die Nähe zum Zentrum biete die Möglichkeit, zugewiesene Flüchtlinge in die sozialen Strukturen der Stadt einzubeziehen. Deshalb wollen sie den Gemeinderat beauftragen, zu prüfen, ob sich die Unterbringung von Flüchtlingen in der Truppenunterkunft realisieren lässt.

Langenthal komme der Pflicht, vom Bund zugewiesene Asylsuchende zu beherbergen, zwar teilweise nach, hätte aber nach Ansicht der beiden Stadträte durchaus Potenzial, mehr zu tun. Die Truppenunterkunft könne mit relativ kleinem Aufwand zu einem Zentrum für Asylsuchende umfunktioniert werden. Durch die kontinuierliche Auslastung würde ein wiederkehrender Betrag an die angestrebte Reduktion des strukturellen Defizits der Stadt erfolgen, so argumentieren sie. Die Stadt suche ja nach solchen Möglichkeiten. rgw

## Umstrittene Antwort

**LANGENTHAL** Zu beschliessen hatte der Stadtrat punkto Defizitgarantie für die Alterswohnungen zwar nichts, aber zu diskutieren.

Stadtrat Beat Sterchi (SVP) und Mitunterzeichner hatten im März 2013 gefordert, die Defizitgarantie der Stadt Langenthal für die Stiftung Alterswohnungen sei aufzuheben. Der Stadtrat überwiegt das Anliegen nur als Postulat. Jetzt lag die schriftliche Antwort des Gemeinderates vor. Gestützt auf einen Bericht des Sozialamtes, kam er zum Schluss, dass der 1970 vom Stimmvolk zum Ausdruck gebrachte Wille, günstigen Wohnraum für AHV- und IV-Rentner anzubieten, unverändert einem Bedürfnis entspreche (wir berichteten).

Gemäss Geschäftsordnung hat der Gemeinderat mit der Beantwortung des Postulats seine Pflicht getan. Der Stadtrat kann die Antwort nur zur Kenntnis nehmen. Und der Postulant kann lediglich erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder nicht.

Beat Sterchi war nicht zufrieden. «Wenn die Stiftung von sich aus Bedürfnisse ohne entsprechende Richtlinien unterstützen will, dann ist das durch den Stadtrat nicht kontrollierbar.» Es fehle ein verbindlicher Auftrag an die Stiftung. Ausserdem mangle es an einer Strategie. «Wenn die Ausgliederung des Haslibrunnens ähnlich daherkommt, dann sehe ich schwarz für eine Volksabstimmung», erklärte Sterchi. Unterstützung erhielt er von Pascal Dietrich (JLL). Der Prüfbericht beantworte die entscheidenden Fragen nicht. Gemäss Geschäftsordnung werde das Postulat jetzt automatisch abgeschrieben. Eigentlich aber müsste der Stadtrat die Antwort zurückweisen können, argumentierte er. rgw